//Katharina Morawek

The Whole World in Zurich / Die ganze Welt in Zürich

Kollaborative und transformative Strategien der Verhandlung von „StadtbürgerInnenschaft“.

Das dialogische Kunstprojekt „Die ganze Welt in Zürich. Konkrete Interventionen in die Schweizer Migrationspolitik“ zielte darauf ab, mit den Mitteln der Kunst die politische Machbarkeit konkreter Vorschläge einer StadtbürgerInnenschaft (Urban Citzenship) für Zürich auszuloten, diese Vorschläge hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit in Zürich zu überprüfen und öffentlich vorzuschlagen. Zudem schuf es einen Ort, an dem über Sachzwänge hinaus, im Sinne einer sozialen Utopie gemeinsam nachgedacht, verhandelt und politisch agiert werden konnte. Das Projekt wurde im Rahmen des Programms der Shedhalle Zürich von mir in der Funktion als künstlerische Leiterin gemeinsam mit dem Künstler Martin Krenn initiiert und in Zusammenarbeit mit einer transdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe umgesetzt. Ein künstlerisch angelegtes Projekt sollte als Intervention in die politischen Verhältnisse und Normalitäten wirksam werden. Zürich sollte zum „sicheren Hafen“ werden: für alle, die in dieser Stadt leben und für alle, die noch dorthin kommen. Die Arbeitsgruppe erarbeitete in nicht-öffentlichen Gesprächen mit EntscheidungsträgerInnen und anderen Involvierten konkrete Projekte zu drei Aspekten von städtischer Citizenship: Aufenthaltsfreiheit, Diskriminierungsfreiheit und Gestaltungsfreiheit. Im Rahmen von drei öffentlichen Hafen-Foren diskutierten lokale und internationale AkteurInnen das Potential von StadtbürgerInnenschaft für die Stadt Zürich. Urban Citizenship wurde so zu einem Thema in der Stadt Zürich.

Der Eisberg im Zürichsee

Spätherbst 2014, am Ufer des Zürichsees. Für das kommende Jahr sind Wahlen angekündigt. Wahlen, die ein weiteres Mal entlang des Themas „Migration“ entschieden werden würden, und ein weiteres Mal unter Ausschluss jener 25 Prozent der Bevölkerung, die in der Schweiz keine Bürgerrechte und somit auch kein Wahlrecht genießen, stattfinden würden. Kann die Schweiz unter diesen Umständen noch eine Demokratie genannt werden? Im Rahmen der so genannten „Bewegung“ (einer Assemblage urbaner sozialer Kämpfe der 1980er Jahre in Zürich) hatte sich als ikonographisches Erkennungsmerkmal für die verhärteten Schweizer Zustände ein Bild herauskristallisiert: die Stadt einschließendes und den See abdichtendes „Packeis“. Die „Bewegung“ wurde später „Züri brännt“ genannt. Gab es dieses Packeis noch, oder seine Reste als im Zürichsee schwimmende Eisberge? Und was konnte sie zum Schmelzen bringen? Am Rande des Zürichsees steht die Shedhalle Zürich. Auch ihre weißen Räume sind aus den Kämpfen der „Bewegung“ hervorgegangen: Konnte dort, 23 Jahre später, noch genügend Hitze entstehen, um den Eisberg abzuschmelzen? War es also möglich, die Geschichte der Shedhalle – als einen der Gründungsorte von interventionsorientierter künstlerischer Praxis im deutschsprachigen Raum – zu aktualisieren und in der aktuellen politische Situation in der Schweiz ins Spiel zu bringen?

Wie eingangs beschrieben, sind ein Viertel aller BewohnerInnen der Schweiz von politischer und rechtlicher Mitbestimmung ausgeschlossen, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Vielen von ihnen wird auch der Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Bildung, Arbeitsplätzen, öffentlichen Institutionen und anderen Räumen erschwert. Über Migration wird nach wie vor als Problem gesprochen und über zahlreiche MigrantInnen als angebliche Konfliktquelle Bescheid gewusst, während sie aus Entscheidungspositionen immer noch strukturell ausgeschlossen bleiben. Zahlreiche Initiativen haben in den letzten Jahren versucht, mehr Bürgerrechte zu erstreiten, scheiterten damit aber an den Urnen verschiedener Schweizer Städte und Kantone.

Urban Citizenship – das Recht auf Rechte und das Recht auf die Stadt

Die Erfolglosigkeit der bisherigen Forderungen nach einer Ausweitung der Bürgerrechte rufen nach neuen politischen Formen, um die rechtliche und soziale Ungleichheit, die die Schweizer Bevölkerung durchzieht, zu überwinden. Die folgenden Prinzipien könnten dafür wegweisend sein: Die stetige Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer Institutionen und ein alle Zonen der politischen, sozialen und kulturellen Öffentlichkeit in den Blick nehmendes Engagement für ein „Recht auf Rechte“ (Morawek 2015). (*7) Praktisch würde das zuallererst bedeuten, dass alle, die in einer Stadt leben, auch Zugang zu den sozialen Dienstleistungen und Ressourcen, die diese Stadt bisher ganz oder teilweise nur ihren verbrieften Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt, erhalten müssten. Das Konzept der „Urban Citizenship“ lebt von diesen Prinzipien. Es knüpft das Recht auf (soziale) Rechte und den Zugang zu Ressourcen an den Lebensmittelpunkt der StadtbewohnerInnen, nicht an deren Staatsbürgerschaft. Mit „Urban Citizenship“ ist also eine „StadtbürgerInnenschaft“ oder auch „WohnbürgerInnenschaft“ gemeint. Während der Begriff „StaatsbürgerInnenschaft“ fundamentale Rechte an die Grenzen eines Nationalstaats, an Mobilitätskontrolle und Sesshaftigkeit bindet, meint StadtbürgerInnenschaft die Anpassung politischer Instrumentarien an die vielfältige Normalität moderner (Groß-)Städte. In Konzepten um StadtbürgerInnenschaft wird demzufolge nicht Migration, sondern die ungleiche Verteilung sozialer Rechte und damit der ungleich verteilte Zugang zu Ressourcen als Problem adressiert.

Die Stadtsoziologin Marisol Garcia beschreibt die Bedingungen für Urban Citizenship wie folgt: „Urban and regional forms of citizenship develop when policy instruments are introduced locally and regionally in order to maintain and/or create social entitlements as a result of citizens’ demands or as a result of local institutions’ innovative practices; and when the mechanisms for political integration provide an open sphere for participation and contestation not only for established citizens, but

also for denizens."

> „Urbane und regionale Formen der Citizenship entstehen, wenn lokale und regionale Regierungsformen eingesetzt werden, die zum Ziel haben, soziale Rechte/Berechtigungen zu erhalten oder neu zu generieren; entweder als Ergebnis der Forderung von BürgerInnen oder als Ergebnis innovativer Praxen lokaler Institutionen; und wenn die Mechanismen der politischen Teilhabe einen offenen Raum für Teilhabe und Verhandlung herstellen, nicht nur für jene, die bereits BürgerInnen sind, sondern auch für jene, die es noch nicht sind." (Garcia 2006: 754, Übersetzung: die Autorin). (*3)

Zentral bei dieser Definition ist einerseits das Zusammenspiel von Regierungspraxen und sozialen Kämpfen: Urban Citizenship meint Veränderungen in der lokalen Governance, denkt dabei aber soziale Kämpfe von unten stets mit. Diese sozialen Kämpfe erneuern die Forderungen nach einer Ausweitung von Teilhabe und sozialen Rechten stetig und – so ließe sich ergänzen – laufen über das Partikuläre bestimmter politischer Interessengruppen hinaus zu einer Demokratisierungsbewegung zusammen (siehe auch: Lebuhn 2015). (*5) Andererseits – und das ist der entscheidende Punkt – kommt diese Ausweitung von Teilhabe genau durch jene zu Stande, die zuvor noch nicht als „Citizens" galten. Es kann also nicht das Ziel der Bewegungen für StadtbürgerInnenschaften sein, dass ihre Kämpfe nach jenem paternalistischen Muster verlaufen, wie man es in der Schweiz etwa aus der Geschichte des Frauenstimmrechts kennt: Auch wenn diesem ein jahrzehntelanger emanzipativer Kampf der Frauen für ihre eigenen Rechte vorausging, waren die Frauen im Jahr 1971 schließlich darauf angewiesen, dass eine Mehrheit der Männer ihnen dieses Recht an der Urne gewährte. Der epochale Sprung aus dem althergebrachten Dominanzdispositiv der Männer war hier also nur über die finale Akzeptanz der diskriminierten Frauen durch diese dominanten Männer möglich. Wenn die StadtbürgerInnenschaftsbewegungen diesen Umweg über die Dominanzgesellschaft nicht gehen wollen, müssen sie also auch den Demokratiebegriff repräsentativer – oder, wie im Falle der Schweiz, „teildirekter" Demokratie – radikal überprüfen.

Den Eisberg zum Schmelzen bringen – Zürich als Hafenstadt

Zurück nach Zürich: Mitte der 90er Jahre machte die Shedhalle einen kuratorischen Turn hin zum „Politischen". Das Programm wurde für unkonventionellere Formen der Kunst und deren Vermittlung geöffnet und die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen AkteurInnen gestärkt. Der Fokus meiner kuratorischen Arbeit in der Shedhalle seit 2012 liegt auf einer Re-Aktualisierung dieser Praxis der transdisziplinären Kollaboration sowie auf der gleichzeitigen persönlichen Involvierung in die politischen Praxen (lokaler) sozialer Kämpfe. Oliver Marchart beschreibt dies als „immersing oneself into the muddy waters of social struggles", als „sich in die unsauberen Gewässer sozialer Kämpfe begeben" (Marchart 2014). (*6) Eine These meiner kuratorischen Arbeit besteht in der intensiven Nutzung der Erfahrungen aus dieser langjährigen politischen Arbeit in künstlerischen, kollaborativen Projekten sowie die freiwillige Verstrickung in deren Logiken. So beschreibt auch Nora Sternfeld den Begriff des „Involvierten Kuratierens": „So lässt sich die ständige Involviertheit von KuratorInnen, also nicht nur von der Seite ihrer Verstrickungen verstehen, sondern auch von seiner anderen Seite: Der bewussten und permanenten solidarischen Involvierung in öffentliche Debatten und soziale Kämpfe." (Sternfeld 2013) (*10) Künstlerische Projekte können „Pre-Enactments" neuer Formierungen transformativer Praxis generieren, so eine weitere These meiner kuratorischen Arbeit. Den Begriff Pre-Enactment benutzt Oliver Marchart in Bezug auf die Arbeit des israelischen Kollektivs „Public Movement" und beschreibt

das Pre-Enactment als künstlerische Antizipation eines politischen Ereignisses (Marchart 2014).(*6) Dabei seien Fragen der Probe, des Trainings, der Übung und der Prefiguration der Zukunft relevant. Marchart schreibt: „Während das, was ‚die Zukunft' genannt wurde, vom neoliberalen Austeritätsregime zerstört und abgeschafft zu sein scheint, könnte es doch noch unter uns sein, in Form von Pre-Enactments." (Marchart 2014, Übersetzung der Autorin).(*6) Eine Aktualisierung (wenn auch kein Re-Enactment) eines tatsächlich stattgefundenen Ereignisses wurde eine der Quellen des entstehenden Projekts „Die ganze Welt in Zürich": Wir bezogen uns auf das 1994 in der Shedhalle durchgeführte Projekt „8 Wochenklausur". Das KünstlerInnenkollektiv „Wochenklausur" (Wien) nahm damals als Teil des bereits beschriebenen „political turns" der Shedhalle eine acht Wochen dauernde Intervention in die Zürcher Drogenpolitik vor und veranstaltete Bootsfahrten mit ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen, um die festgefahrene politische Situation zu lösen und neue Möglichkeiten auszuloten. Ziel war die Schaffung eines Raums für drogenbenutzende SexarbeiterInnen in Zürich.

Um mit der Schmelze des Eisbergs zu beginnen, lud ich den Künstler Martin Krenn ein, gemeinsam ein Projekt zu entwickeln. Krenn hat sich sowohl in seiner künstlerischen Praxis als auch in seiner theoretischen Arbeit intensiv mit dialogischen Formaten auseinandergesetzt. Die erste Entscheidung lag darin, das Projekt und seine Methoden in der Tradition sozial engagierter Kunst zu verorten (Kester 2015).(*4) Als Zielsetzung des Projekts definierten wir, mit den Mitteln der Kunst die politische Machbarkeit konkreter Vorschläge einer StadtbürgerInnenschaft (Urban Citzenship) für Zürich auszuloten und diese Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit in Zürich zu überprüfen. Anschließend sollten diese Vorschläge als konkrete politische Schritte für eine Ausweitung politischer, sozialer und kultureller Teilhabe in der Stadt öffentlich vorgeschlagen werden. Das Projekt „Die ganze Welt in Zürich" sollte zudem einen Ort schaffen, an dem über Sachzwänge hinaus, im Sinne einer sozialen Utopie gemeinsam nachgedacht, verhandelt und politisch agiert werden konnte. Ein künstlerisch angelegtes Projekt sollte also als Intervention in die politischen Verhältnisse und Normalitäten wirksam werden. Zürich sollte ein Stück weit zum „sicheren Hafen" werden: für alle die in dieser Stadt leben und für alle, die noch dorthin kommen.

Zu Beginn unseres Projekts stellten sich uns folgende Fragen: Wie kann ein „Recht auf Rechte", eine Demokratisierung der Demokratie und ein Recht auf Stadt in einer Stadt wie Zürich umgesetzt werden? Welche konkreten Interventionen in die Schweizer Migrationspolitik braucht es dazu? (Wie) lassen sich – nicht zuletzt – mittels künstlerischer Praxis neue Möglichkeitsräume für eine Demokratisierung der Gesellschaft öffnen? Lassen sich dabei Wege aus der „migrationspolitischen Sackgasse" (Espahangizi 2015)(*1) finden, und neue Wege einschlagen, die einer postmigrantischen Gesellschaft (Foroutan 2014)(*2) entsprechen? Welche Widersprüche ergeben sich aus dem Eigensinn demokratischer Prozesse einerseits und einem institutionell verankerten Kunstprojekt andererseits und wie lassen sich diese Widersprüche im Projekt adressieren? Kann sich ein Projekt, dessen Methodik der dialogischen Ästhetik im (lokalen) Kunstfeld wenig Rückhalt genießt, als „best practice" positionieren? Und wirkt eine derart politisierte Form der Beteiligung, als geteiltes Interesse aller Beteiligten, nicht zu konzertiert, nicht längst überholt von einem allseits akzeptierten Partizipationsparadigma und dessen breit (und zu Recht) kritisierten Fallstricken?

Ist das Kunst?

Die oben angeführte Definition von Urban Citizenship ernst zu nehmen und daher die Ebene der sozialen Kämpfe und Bewegungen miteinzubeziehen bedeutet,

Beteiligte solcher Kämpfe in das Projekt zu involvieren. In einem nächsten Schritt entschieden Martin Krenn und ich uns dafür, eine Arbeitsgruppe als „organisatorischen Kern“ des Projekts ins Leben zu rufen. Die Besetzung der Arbeitsgruppe wurde insbesondere durch die Involvierung der Autorin (und Kuratorin) in den unten genannten Netzwerken möglich. Nach einigen Vorgesprächen kam die Arbeitsgruppe, bestehend aus ProtagonistInnen aus den Bereichen Wissenschaft, sozialen Bewegungen, Recht und gewerkschaftlicher Organisierung, im Juni 2015 zum ersten Mal zusammen und konstituierte sich. Neben breitem Fachwissen trafen heterogene Erfahrungen, Blickwinkel und Zugänge in Bezug auf die Frage nach Urban Citizenship und Teilhabe in Zürich aufeinander. Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe hatten vielfältige Projekterfahrung und sind mit rassismuskritischen, migrationspolitischen und kunstrelevanten Zusammenhängen vernetzt bzw. selbst Teil davon. Diese Netzwerke sollten nicht zuletzt für das Projekt selbst ihre Wirkung entfalten. Die Arbeitsgruppe traf sich regelmäßig, um die strategische Ausrichtung des Projekts sowie die Fragestellungen und Arbeitsschwerpunkte des Projekts zu bestimmen und auszuarbeiten. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren: Martin Krenn (ausführender Künstler), Katharina Morawek (Kuratorische Leitung Shedhalle), Bah Sadou (Aktivist, Autonome Schule Zürich), Bea Schwager (Leiterin SPAZ, Anlaufstelle für Sans Papiers in Zürich), Dr. Kijan Malte Espahangizi (Geschäftsführer, Zentrum „Geschichte des Wissens“), Osman Osmani (Gewerkschaftssekretär für Migration, UNIA), Dr. Rohit Jain (Sozialanthropologe, Universität Zürich / Zürcher Hochschule der Künste) und Tarek Naguib (Jurist, Zentrum für Sozialrecht / Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften). Die Teilnahme an der Arbeitsgruppe wurde entlohnt und die jeweiligen Projekte (sowie die Folgeprojekte im darauffolgenden Jahr) mit einem je eigenen Budget ausgestattet.

Die kuratorische Ethik, die den Hintergrund für die Politik der Shedhalle während der Zeit meiner künstlerischen Leitung, also auch für das Projekt „Die ganze Welt in Zürich“ bildet, geht von einer Auffassung aus, die eine zum Großteil aus öffentlichen Geldern geförderte Institution (wie die Shedhalle) in der Pflicht sieht, diese Steuergelder (die ja nicht nur von StaatsbürgerInnen bezahlt werden) für Projekte zur Demokratisierung von Gesellschaft zu verwenden.
Zudem beziehe ich mich als Kuratorin in zahlreichen Projekten auf den Begriff der künstlerischen Intervention. Dieser wird seit den 1980er Jahren für künstlerische Praxen gebraucht, die (möglichst unwiderrufliche) Eingriffe in soziale und/oder diskursive Gegebenheiten vornehmen.

Zentral für das Projekt „Die ganze Welt in Zürich“ wurde das Bild eines Hafens, das verschiedene Bilder evoziert: Mobilität, Globalität, Handeln und Aushandeln, Ankunft, vor Anker gehen, Vielfalt und Weltoffenheit. Eine Ausstellung zur Geschichte und Praxis der „socially engaged art“ in der Shedhalle begleitete das Projekt. Hier fanden sich historische Referenzen in Form von Zeichnungen, die aus Vorlagen von Fotografien entstanden (Künstler: Andreas Bertschi). Sie durchzogen den Ausstellungsraum als Plakate, die auf Litfasssäulen geklebt wurden. Die Ausstellung rahmte so das Projekt und stellte den Zusammenhang zu ähnlichen, historischen und aktuellen Projekten her. Einen zentralen Teil der Ausstellung bildete die Ausstellungsarchitektur, welche dialogische Gesprächsräume für die Hafengespräche, Hafenforen und Arbeitsgruppensitzungen schuf, die sich ebenfalls an der Hafenmetapher des Projekts orientierten.

Konkrete Interventionen, Öffentlichkeit und Nicht-Öffentlichkeit

Das Projekt arbeitete sowohl mit nicht-öffentlichen als auch mit öffentlichen Formaten, die von Martin Krenn und mir entwickelt wurden. Während in den so genannten „Hafengesprächen“ (nicht-öffentlich) die Umsetzung des Projekts im

Dialog mit weiteren ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen konkretisiert wurde, boten die „Hafenforen“ die Möglichkeit der öffentlichen Debatte und Involvierung. Während des Projektzeitraums fanden zahlreiche (nicht-öffentliche) Hafengespräche statt. Sie öffneten einen dialogischen Raum (Kester 2015),[4] (*4) an dem Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie eingeladene VertreterInnen von Interessensgruppen, EntscheidungsträgerInnen, StadtpolitikerInnen, MitarbeiterInnen öffentlicher Einrichtungen usw. teilnahmen. Die Hafengespräche begannen am „Opernsteg“, wurden auf einer Bootsfahrt auf dem Zürichsee fortgesetzt und wurden nach Ankunft im Hafen Wollishofen (in direkter Nachbarschaft der Shedhalle Zürich) in der Shedhalle weitergeführt. Die Gespräche fanden dezidiert unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, die Shedhalle fungierte so als ein geschützter Diskussionsraum.

In drei (öffentlichen) Hafen-Foren, die jeweils einen Tag dauerten, trafen lokale und internationale AkteurInnen aufeinander, führten Debatten und tauschten Erfahrungen aus (detailliertes Programm unter shedhalle.ch). Der Anspruch, Debatten auf Augenhöhe zu ermöglichen, fand seine Entsprechung in einer bewusst dafür angelegten Ausstellungsszenographie in Form von angedeuteten, miteinander verbundenen Stegen und einem Versammlungsort, der einer Agora glich, mit verschiebbaren, mehrstufigen Sitzelementen. Die Hafenforen fanden am 24. Oktober 2015, am 28. November 2015 und am 6. Februar 2016 statt. Während am ersten Hafenforum ein erster Einblick in die aktuellen Debatten um Urban Citizenship geboten wurde, verortete das zweite Hafenforum das Projekt historisch in der Geschichte der Shedhalle sowie in Debatten um das „Recht auf Stadt“. Die Künstlerin Katharina Lenz präsentierte das Projekt „8 Wochenklausur“ der Gruppe „Wochenklausur“, das für das Projekt „Die ganze Welt in Zürich“ wie bereits beschrieben eine wichtige Bezugsgröße darstellte. Das dritte Hafenforum bot Raum, die Fragestellungen und Ansprüche des Projekts aus den Perspektive von politischer Theorie, Stadtforschung, Kunsttheorie und Vermittlung zu durchleuchten und zu diskutieren: Kann ein Kunstprojekt gleichzeitig eine konkrete politische Intervention sein? Welchen Begriff des „Politischen“ braucht es in Auseinandersetzungen um gleiche Rechte für alle StadtbewohnerInnen? Wie können neue Formen des gemeinsamen, solidarischen Agierens gefunden werden? Und: Wie sehen ähnliche Debatten und Kämpfe andernorts aus? Ein viertes Hafenforum, an dem die entstandenen Projekte an die Stadt übergeben werden, findet im Herbst 2016 statt.

Drei Schwerpunkte: Aufenthaltsfreiheit, Diskriminierungsfreiheit, Gestaltungsfreiheit

Die Arbeitsgruppe entwickelte die drei Projektschwerpunkte Aufenthaltsfreiheit, Diskriminierungsfreiheit und Gestaltungsfreiheit (mehr Informationen finden sich in der Broschüre #urbancitizenship. Stadt und Demokratie, Shedhalle 2016).[9] (*9) Aus Platzgründen sei hier nur der dritte Schwerpunkt eingehender beschrieben. Die

Idee des „Salon Bastarde“ als konkrete Intervention in die Schweizer Migrationspolitik entstand aus dem Projektschwerpunkt „Gestaltungsfreiheit“. Darin wurden konkrete Modelle von „Urban Citizenship“ zum Schwerpunkt „kulturelle Teilhabe“ (cultural citizenship) entwickelt. Dazu veranstalteten die Schwerpunktverantwortlichen Kijan Espahangizi und Rohit Jain mehrere Hafengespräche, zu denen sie Zürcher Kulturschaffende mit Migrationshintergrund oder Rassismuserfahrung einluden. Mit dem „Salon Bastarde“ entstand die Idee einer konkreten kulturpolitische Intervention in Form einer Veranstaltungsreihe ab Herbst 2016. Ziel des Salons ist die Stärkung von Kontexten rassismuskritischer Repräsentationspolitik und kultureller Teilhabe im öffentlichen Raum. Nach einem KickOff im Herbst (in der Shedhalle) folgt eine Serie von Anlässen an unterschiedlichen kulturellen Orten und Institutionen in Zürich. Die Veranstaltungen sind gleichzeitig Bildungsangebot, künstlerisches Format, wissenschaftliche Reflexion und politische Intervention, die genannten Formate werden kritisch, experimentell und unterhaltsam kombiniert. Gestaltungsfreiheit wird dabei sowohl als selbstorganisierte Bildung einer rassismuskritischen, post-migrantischen Community in Zürich als auch als Aneignung und Vervielfältigung hiesiger öffentlicher Räume verstanden. Jeder einzelne „Salon Bastarde“-Abend besteht einerseits aus einem Bildungsformat, in dem Rassismus in Zürich und in der Schweiz anhand theoretischer, künstlerischer und politischer Analysen (mit internationalen Gästen) sowie anhand persönlicher Erfahrungen gemeinsam reflektiert wird. Dieses Format eines „Bildungsraums“ soll vorhandenes rassismuskritisches Wissen weiterentwickeln und einzelne Erfahrungen zueinander in Beziehung setzen. Dadurch sollen das Empowerment und die Vernetzung unter Menschen mit Rassismuserfahrung sowie institutionelle rassismuskritische Allianzen gefördert werden. Anschließend findet als zweiter Teil jeweils eine Abendveranstaltung statt, in der lokale und internationale Kulturschaffende (mit Migrationshintergrund) das Thema Rassismus kritisch, experimentell und unterhaltsam bearbeiten.

Demokratisierung als Prozess

In der Mitte der Laufzeit des Projekts (zum Jahreswechsel 2015/2016) zeigte sich, dass das Thema in Zürich und der Schweiz angekommen war. Zahlreiche Anfragen für Vorträge (in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen in St. Gallen, Bern, Basel, etc.) zeugten vom großen Interesse am Thema „Urban Citizenship“, insbesondere aber die Attraktivität der konkreten Idee der „City Card“. Damit ist eine „Berechtigungskarte“ für alle BewohnerInnen einer Stadt gemeint, die ihnen unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu sozialen Dienstleistungen bietet (z.B. Gesundheitswesen, städtische Schwimmbäder und Bibliotheken, gilt als gültiges Dokument gegenüber der Polizei, der Meldebehörde, etc.). Umgesetzt wurden derartige City Card Projekte beispielsweise in New York City (seit Beginn 2015). Hier ist zu betonen, dass die „Übersetzbarkeit“ einer solchen Idee in verschiedene Kontexte an Grenzen stößt, sobald sie von der jeweiligen konkreten Situation vor Ort abstrahiert wird. Zentral ist – wie weiter oben betont – die Analyse der jeweiligen (politischen) Kräfteverhältnisse und die Zusammensetzung der jeweils stattfindenden sozialen Kämpfe. Ein Gedeihen der Idee in den erwähnten Schweizer Städten ist aus heutiger Einschätzung durchaus realistisch.

Auch die Verbindung zu sozialen Bewegungen konnte gestärkt werden. Am 7. Februar 2016 diskutierten im Rahmen des aus dem „Kongress der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund“ hervorgegangenen Stadtforums „Wir alle sind Zürich“ über 550 Interessierte in der Shedhalle über ein (post)migrantisches Recht auf die Stadt und neue Möglichkeiten in der Schweizer Migrationspolitik. Der inhaltliche Fokus wurde ebenfalls auf das Thema „Urban Citizenship“ gelegt. Der Politikwissenschaftler Mathias Rodatz wies in seiner Keynote darauf hin, dass Städte einen der wichtigsten Schauplätze für Forschung

und politisches Handeln bieten: „Solange sich postnationale Staatlichkeit nicht weiter ausgebildet hat, sollten wir unseren Blick auf die Städte richten. Denn dort erleben wir täglich die Krise des Prinzips nationaler Zugehörigkeit und dort können wir lernen, unsere Konzeption von Bürgerschaft zu überdenken.“ In dieser Aufforderung formulierte Rodatz drei zentrale Thesen: Erstens: es gibt eine zunehmende Krise nationalstaatlicher Organisation von gesellschaftlichem Ausgleich und Demokratie. Zweitens: Diese Krise zeigt sich verdichtet in unseren Städten. Und drittens: Dort lässt sich beobachten, wie sich neue Formen von Vergesellschaftung und Bürgerschaft entwickeln, die aus dieser Krise herausführen können (siehe auch: Rodatz 2014). (*8)

Die Politologin Shpresa Jashari formulierte in ihrer Eröffnungsrede den Spirit einer neu entstehenden, postmigrantischen Politik, die sich vom „ängstlichen Reagieren“ hin zum „selbstbewussten Agieren“ bewegt: „Ich zittere nicht mehr davor, wie der stimmberechtigte Teil der Schweiz diesmal über uns, die wir nicht mitbestimmen dürfen, richten wird. Werden sie unseren Wert diesmal anerkennen? Vielleicht, wenn nicht unseretwegen, so doch um ‚ihres’ Rechtsstaats Willen? Nein, diesmal, statt mich diesen alten Hoffnungen auf Anerkennung durch die angebliche ‚Mehrheitsgesellschaft’ auszuliefern und atemlos auf die nächste Regung des nervösen ‚Volkskörpers’ zu warten, habe ich Lust, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Und anfangen will ich hier, wo ich lebe, in meiner Stadt Zürich.“ Daneben fanden zahlreiche Workshops und Austauschformate zu vorhandenen Kämpfen von MigrantInnenorganisationen und postmigrantischen Kontexten statt.

Die Arbeitsgruppe des Projekts „Wir alle sind Zürich“ inklusive der Figur der „involvierten Kuratorin“ und der Zusammenhang „Wir alle sind Zürich“ (zwischen denen es zahlreiche personelle und inhaltliche Überschneidungen gab), können somit als transformative AkteurInnen im Projektverlauf betrachtet werden. Weiters können das Projekt „Die ganze Welt in Zürich“ und im Speziellen sein Format der Hafengespräche als Pre-Enactments bezeichnet werden, da sie das Thema „Urban Citizenship“ in den Schweizer politischen Diskurs holten und die Formulierung einer gemeinsamen Zukunft für uns alle ohne rassistische Strukturen, Ausbeutung und Diskriminierung ein Stück weit in greifbarere Nähe rückten.

Als Folgeprojekt zeigt die Shedhalle Zürich zwischen Juni und September 2016 die Ausstellung „#urbancitizenship. Stadt und Demokratie“. Im Mittelpunkt stehen die Geschichte und die Methoden des Projekts: Was ist die Idee von Urban Citizenship? Welche Bedeutung kann sie für die Schweiz und für Zürich haben? Mit welchen Methoden wurde gearbeitet und warum mit den Mitteln der Kunst? Und: welche Ergebnisse hat das Projekt bisher? Ein Teil der bisherigen Ergebnisse von Konzepten, Methoden und Narrativen wurde von den auf Informationsgrafik spezialisierten GrafikerInnen Roger Conscience und Carolina Cerbaro in Diagramme und Grafiken übersetzt. Dargestellt werden Konzeptualisierungen von und Begrifflichkeiten in Zusammenhang mit dem Konzept „Urban Citizenship“, seine Anfänge weltweit, seine Ankunft in der Schweiz, und seine Zukunft: eine Stadt für Alle.
Es ist zu erwarten, dass das Projekt „Die ganze Welt in Zürich“ mit seinen drei Folgeprojekten in Form der „City Card Zürich“, in Form des „Salon Bastarde“ und in Form eines öffentlichen Protestes und Prozesses gegen „Racial Profiling“ in der Stadt Zürich tatsächlich nachhaltig wirksame Veränderungen herbeiführen wird.

Eine gleichheitsorientierte Interpretation von Urban Citizenship braucht einerseits Strategien zur Stärkung der zivilen Rechte von BürgerInnen und Noch-Nicht-BürgerInnen. So geht es eben nicht nur darum, mit geringen Mitteln (weil aus einem Kunstprojekt entstanden) ein neues, schickes (weil partizipationsverwandtes) Tool für Migrations- oder Bevölkerungsmanagement zu entwickeln, sondern es geht in

erster Linie darum, Politik selbst in die Hand zu nehmen, so wie soziale Bewegungen das immer schon tun. Doch um das Versprechen von Urban Citizenship, das auch ein kosmopolitisches ist, tatsächlich einzulösen, braucht es auch soziale Bewegungen und progressive Politiken auf nationaler und europäischer Ebene, die es verstehen, politische Effekte zu produzieren - dort wo Datenabgleich, Einreise- und Visapolitiken, Zusammenarbeit von Behörden bzw. Polizei, Asyl- und Abschiebestandards usw. verhandelt und entwickelt und strukturelle Veränderungen bewirkt werden können. Dann könnte ein substanzieller, europaweiter Weg in Richtung einer Demokratisierung der Demokratie und einer Ausweitung des Rechts auf Rechte, basierend auf dem Wohnort, beschritten werden.

//Zur Person

Katharina Morawek

Katharina Morawek ist Leiterin der Shedhalle Zürich, einem Ort für die Erprobung neuer Formen künstlerischer Praxis mit gesellschaftspolitischem Bezug. Morawek lehrte an der Akademie der bildenden Künste Wien und der F+F Schule für Kunst und Medien in Zürich. Sie ist Herausgeberin der Anthologie „Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus“ (Mandelbaum 2012, mit Lisa Bolyos) und Mitinitiatorin der stadtweiten Initiative „Wir alle sind Zürich“, einem Forum für eine neue demokratische Politik für „Alle, die hier sind und noch kommen werden“.

//Literaturnachweise

*1 *Espahangizi, Kijan (2015): Stimm- und Wahlrecht für Ausländer? Nein, danke!, WOZ – Die Wochenzeitung, Nr. 26/2015 vom 25.06.2015*

*2 *Foroutan, Naika et al.: Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse. Forschungsprojekt „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED) am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humbold-Universität zu Berlin, Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Berlin 2014*

*3 *García, Marisol (2006), Citizenship Practices and Urban Governance in European Cities, Urban Studies, 43 (4): 745–765.*

*4 *Kester, Grant (2015): On the Relationship between Theory and Practice in Socially Engaged Art, Fertile Ground, Juli 2015*

*5 *Lebuhn, Henrik (2015): Urban Citizenship and the Right to the City: The Fragmentation of Claims, in: International Journal for Urban and Regional Research (Symposium), 39.4, mit Talja Blokland, Christine Hentschel, Andrej Holm & Talia Margalit*

*6 *Marchart, Oliver (2014): The Art of Preenactments, Lecture am 9. Juli 2014 am HZT – Hochschulübergreifendes Zentrum Tanz Berlin, Link: https://vimeo.com/114242197, abgerufen am 15. Mai 2016*

*7 *Morawek, Katharina (2015): Städte statt Staaten, WOZ – Die Wochenzeitung, Nr. 28/2015 vom 09.07.2015*

*8 *Rodatz, Mathias (2014): Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt. In: suburban 2(3), 35-58.*

*9 *Morawek, Katharina (2016): #urbancitizenship. Stadt und Demokratie, in: Shedhalle 2016 (Ausstellungsbroschüre)*

*10 *Sternfeld, Nora (2013): Involvierungen. Das post-repräsentative Museum zwischen Verstrickung und Solidarität, Beitrag auf der Website des Bielefelder Kunstvereins, http://www.bielefelder-kunstverein.de/ausstellungen/2013/museum-off-museum-blog/nora-sternfeld.html#.VzuTpFeh6Rs, abgerufen am 15. Mai 2016*